



Asien-Newsletter

28. Juli 2014

Inhaltverzeichnis		Seite
China	<i>Sorge um Wachstum - Peking denkt um</i>	1
	<i>Der größte E-Schrottplatz der Welt</i>	2
	<i>Paradies für Physiker im Bau</i>	2
Hongkong	<i>China bringt Nachbarländer gegen sich auf</i>	3
Japan	<i>Proteste gegen Umgehung des Friedensgebots</i>	4
	<i>Sexistischer Kommentar - nur eine Unannehmlichkeit</i>	5
Südkorea	<i>Kinderarbeit und Gewinnrückgang bei Samsung</i>	5

China

Sorge um Wachstum - Peking denkt um

Die Einwohner von Chinas Metropolen träumen von sauberer Luft und blauem Himmel. Geschäftsideen wie Zelte mit Frischluft, oder der Verkauf von Ballonen mit Bergluft finden großen Anklang. In Peking funktioniert wegen des Smogs die Photosynthese nicht mehr richtig.

Der einflussreiche, international bekannte Umweltschützer Wang Canfa, geht seit 15 Jahren gegen Umweltverschmutzer vor. Sein „Zentrum für rechtliche Unterstützung von Verschmutzungsoffern“ erhält über 200 Anfragen pro Monat, es sorgt für Anwälte und legt sich mit Fabrikbesitzern und lokalen Parteikadern an. Viele Fälle hat Wang schon gewonnen, sogar gegen den chinesischen Staat. Komplizierte Fälle dauern manchmal bis zu sieben Jahren. Wang glaubt, dass sich das Umweltbewusstsein Chinas verändert. Im letzten Jahr seien so viele Umweltsünder verurteilt worden wie in den letzten zehn Jahren zusammen. Er kämpft gegen Bürokratie, Vetternwirtschaft und Parteifunktionäre. Die Fälle veröffentlicht er auf der Webseite oder in sozialen Netzwerken. Seine Arbeit wird zunehmend von ganz oben unterstützt.

In den nationalen Lehrplänen soll jetzt per Gesetz Umweltbildung vorgeschrieben werden, Strafen für Umweltvergehen werden verschärft und Untätigkeitsklagen gegen Beamte ermöglicht.

Informanten bei einschlägigen Fällen sollen besser geschützt werden. In den vergangenen zehn Jahren verbrauchte eine einzige Provinz so viel Kohle wie Deutschland und Japan zusammen. Chinas Kohleöfen verursachten die Hälfte des weltweiten Anstiegs von CO₂-Emissionen. Die Regierung will nun erstmals den Kohleabbau verringern und den Regionen Obergrenzen beim Verbrauch setzen. In sechs Provinzen müssen Unternehmen schon für ihre CO₂-Emissionen bezahlen, der Betrag für eine Tonne Kohlendioxid ist teurer als in der EU. Peking investiert zudem weiter in umweltfreundliche Energien. 2013 lieferten Photovoltaik-Anlagen schon so viel Strom wie 13 AKWs, große Windparks entstehen, neue CCS-Techniken werden getestet wie z.B. die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid aus Kraftwerken.

Der umweltpolitische Wandel entsteht aus der Sorge um das wirtschaftliche Wachstum. Der Smog lähmt den Verkehr, die Elite wandert aus, Geschäftsleute aus dem Westen wollen nicht mehr nach China kommen. Jede zweite von 365 befragten Firmen haben laut amerikanischer Handelskammer Bedenken, Führungskräfte nach China zu schicken. Das größte Problem besteht nun in der Umsetzung Chinas zahlreicher Umweltschutzgesetze.

Quelle: Süddeutsche Zeitung; 16.06.2014
<http://www.sueddeutsche.de/wissen/umweltschutz-chinas-gruene-zukunft-1.2000545>

Der größte E-Schrottplatz der Welt

Trotz verschärfter Gesetzgebung verdienen in China Millionen von Menschen ihren Lebensunterhalt mit der Verwertung von Elektroschrott. Ausrangierte Haushaltsgeräte werden laienhaft repariert und wiederverkauft, wertvolle Metalle aus alten Computern und Handys wieder verwertet. Es ist illegal, umweltfeindlich und gesundheitsschädlich, aber die Regierung unternimmt wenig dagegen. Der illegale Schrott-Import aus Industrieländern nach China ist zusätzlich ein Riesengeschäft. Millionen Tonnen Elektroschrott werden aus Europa, den USA oder Japan nach China geschmuggelt, dem größten Abladeplatz der Welt. Vietnam schickt sogar offiziell alte Geräte zur Reparatur nach China, die dann wieder zurückgeschickt werden. Die giftigen Rückstände bleiben in China. Investitionen in die Entsorgungsbranche sind uninteressant; die Umweltauflagen schmälern den Profit, und die Schrotthändler, die von Tür zu Tür ziehen, wären eine zu starke Konkurrenz. Das Umweltbewusstsein in China ist noch gering, also verkaufen die Haushalte gerne alte Geräte für ein wenig Geld. 2009 bis 2011 zahlte der Staat noch Abwrackprämien. Das Projekt, Teil des Subventionsprogramms sorgte für umweltfreundliche Verschrottung vieler Geräte.

Das Programm endete, die illegalen Wiederverwerter kamen erneut ins Geschäft. Plastik wird im Freien verbrannt, Geräte stümperhaft und umweltschädigend repariert, Chemikalien gelangen in Boden und Gewässer, alles Bestandteile von Chinas aktueller Umweltkatastrophe.

Es gibt in China 130 registrierte Elektroschrott-Unternehmen, aber nur 53 können umweltfreundliche Technologien nachweisen. Das Problem wächst mit zunehmendem Wohlstand der Chinesen. Millionen Tonnen Elektroschrott bilden die Lebensgrundlage von 20 Millionen Menschen, die alles Mögliche auf die eine oder andere Art „recyclen“. Die Regierung müsste zudem den Hunderttausenden Perspektiven bieten, die täglich mehrfach die Abfallberge durchwühlen und E-Schrott sammeln, sonst gibt es Unfrieden. In einem Vorort Pekings haben Sammler alte Lagerhallen zu einem Schrottzentrum umfunktionsiert. Vielköpfige Familien leben hier auf engstem Raum und hoffen, dass die Leute möglichst viel wegwerfen. Dann wird stümperhaft von frühmorgens bis spätabends repariert und weiterverkauft. Pro Kühlschrank sind das z.B. etwa 12 Euro.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 11.07.2014
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/elektroschrott-in-china-friedhof-der-kuehlschraenke-1.2040129>

Paradies für Physiker im Bau

China, bekannt für gigantische Technikprojekte, will ein Paradies für Physiker bauen, das weltweit tiefste und größte Labor für Teilchenphysik. Im bergigen Hinterland der Provinz Sichuan durchbricht ein 18 Kilometer langer Tunnel ein 4000 Meter hohes Gebirgsmassiv, an dessen Ausgang der mit 305 Metern höchste Dammbau der Welt liegt, der das Wasser des Flusses Yalong staut und nach Fertigstellung 3600 Megawatt Strom produzieren soll, soviel wie drei AKWs. Weitere 20 Dämme sind geplant, die bei Abschluss mit 36 Gigawatt Strom ein Prozent des aktuellen Weltbedarfs liefern sollen. Unter dem Gebirgsmassiv werden zudem acht enorme Laborhallen für Teilchenphysiker entstehen, die dort ideal von störender kosmischer Strahlung abgeschirmt sind. Die Suche nach offenen Rätseln der Physik wie z.B. der rätselhaften Dunklen Materie des Weltalls wird zur Zeit noch bei „Majorana“ betrieben, einer Kollaboration westlicher Physiker unter amerikanischer Führung, oder beim europäischen Experiment „Gerda“ unter dem Gran Sasso. Die Detektoren zur Forschung nach unbekanntem Teilchen müssen absolut perfekt und aus hochreinem Germanium sein. Modernste Elektronik und penibelste Reinheit sind essentiell. Auf der Erdoberfläche würden die Detektoren von Impulsen der Weltraumstrahlung

黃道聯盟工作室
HUANG + JAUMANN

Kulturelle Kompetenz trägt zu unternehmerischer Wertschöpfung bei

China-Projekte optimal gestalten und durchführen

- Systemische PM-Beratung und Echtzeit-Controlling
- Interkulturelles Training
- Führungskräfte Coaching

MANAGEMENT KNOW-HOW FÜR CHINA-PROJEKTE

www.huang-jaumann.de

gestört, unter einem Bergmassiv kann ein elektrischer Impuls der Hinweis auf ein neues Teilchen und damit eine neue Physik sein.

Bei der Arbeit mit Germanium brauchen die Chinesen noch die Unterstützung und Erfahrung ausländischer Kollegen, ein hochpolitisches Thema. Europäische und amerikanische Physiker haben nämlich bereits eine weitere Zusammenarbeit vereinbart zum Bau eines Megadetektors aus 1000 Kilo hochreinem Germanium für etwa 500 Millionen Euro. Bekannte Experten, z.B. aus dem Max-Planck-Institut wollen nun das Projekt in China durchführen. Geld spielt dort keine Rolle, wie ein chinesischer Forscherkollege versicherte. Wenn westliche Wissenschaftler an diesem Experiment teilnehmen, werden die Chinesen dabei die Führung übernehmen, was auch deren Ablehnung von Budget-Zuschüssen signalisiert. Der weltweit größte Experte

für die Züchtung hochreiner Germanium-Kristalle, der Chinese Dongming Mei, derzeit noch bei „Majorana“, hat sich trotz Green Card bereits entschieden, in China weiterzuarbeiten. Bei einer früheren Zusammenarbeit chinesischer und amerikanischer Teilchenphysiker wurden wichtige Vorarbeiten und technisches Know-how zwar von den US-Kollegen geliefert, die Chinesen beanspruchten jedoch den Ruhm. Dennoch ist es nur eine Frage der Zeit, wann der erste Westler nach China „überläuft“. Die europäischen Wissenschaftler versuchen, ihre amerikanischen Kollegen zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit mit China zu überreden, die Chancen stehen jedoch schlecht.

Quellen: Zeit, 09.06.2014
<http://www.sueddeutsche.de/wissen/untergrundlabor-in-china-der-berg-der-physiker-1.1989273>

Hongkong

China bringt Nachbarländer gegen sich auf

Hongkong besitzt seit der Rückgabe an China einen gewissen Autonomiestatus und darf weiterhin „kapitalistischen Aktivitäten“ nachgehen wie Aktienspekulation, Nachtclubbesuchen und Wetten. Das kann man in Festlandchina mittlerweile auch tun. Die chinesische Mittelschicht reist nach Hongkong zum Konsumrausch und wegen der Steuervorteile, Hongkongs Bürger sind nicht begeistert. Viele schwangere Chinesinnen umgehen dort durch eine Geburt die „Ein-Kind-Politik“ und sichern dem Nachwuchs einen Hongkonger Pass; die Folgen sind überfüllte Krankenhäuser und Milchpulvermangel. Chinas Touristen klagen bereits über die unfreundlichen Hongkonger, die Pekings Devise „ein Land zwei Systeme“ anders verstehen. Trotz Versammlungs- und Pressefreiheit sind demokratische Wahlen nicht erlaubt. Das Weißbuch des Staatsrats, ein Positionspapier aus Peking, zeigt, dass die Hongkongs „Freiheit“ eine Definitionssache der Zentralregierung ist, was nun Auslöser einer Massendemonstration war. Am 1. Juli, Jahrestag der Rückgabe Hongkongs an China, kam es heuer mit Hunderttausenden bei der jährlichen Demokratiekundgebung zu einem der größten Protestmärsche, die Hongkong je erlebt hat. Die Polizei verhaftete über 500 Demonstranten, die gegen die Bevormundung Pekings protestierten und mehr Demokratie forderten. Der aktuelle Regierungschef versprach den Bürgern, sich für einen Konsens bei der bevorstehenden, halbherzigen Wahlreform Pekings einzusetzen. Die Aktivisten fordern, dass bei den Wahlen 2017 auch Kandidaten der Opposition antreten dürfen. In einem informellen Online-Referendum, an dem sich bisher fast eine Million der sieben Millionen Bürger Hongkongs beteiligten,

stimmten diese ebenfalls für mehr Demokratie und die freie Wahl des Stadtoberhauptes. Trotz der riesigen Resonanz erklärte Peking die Aktion für ungültig und illegal. Die Aktivisten wollen den Finanzbezirk lahmlegen und weitere Massenproteste organisieren, sollte die Forderung nach demokratischen Wahlen kein Gehör finden. Bisher werden die zur Wahl stehenden Kandidaten durch ein repräsentatives Komitee Pekings aufgestellt. Die Entwicklung einer kritischen Öffentlichkeit passt nicht in Pekings Konzept des Machtmonopols und einer starken Nation. Die Zentralregierung will stur an der jetzigen Politik festhalten, die Hongkonger protestieren weiter. Die chinesischen Medien schweigen zu den Geschehnissen. Die Stadt ist im Internet bereits einer der meistzensierten Begriffe. Seit Amtsantritt von Staatschefs Xi Jinping wurde die Pressefreiheit noch weiter beschnitten. Marxismus-Kurse für Journalisten wurden zur Pflicht, Dutzende Blogger sind inhaftiert. Es gelten seit Juni verschärfte Regeln für Journalisten, die nicht mehr außerhalb der eigenen Region recherchieren dürfen; außerdem müssen Arbeitgeber und Behörden Recherchen zu kritischen Themen zustimmen. Die Veröffentlichung privater Recherchen im Internet, womit bisher die Zensur umgangen wurde, sind untersagt. Die Weitergabe unveröffentlichter Informationen ist illegal, darunter fallen Staats- und Unternehmensgeheimnisse, die aber auch erst nachträglich als solche deklariert werden können. Die absurde Regelung macht journalistische Arbeit praktisch unmöglich, sie erinnert an Maos Diktatur. Auf dem Index für Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ hält China bei 180 Ländern Platz 175.

Quellen: Süddeutsche Zeitung, 23./29.06.; 07./08.07. 2014

<http://www.sueddeutsche.de/politik/verwaltungszone-hongkong-chinas-staatsfuehrung-erklart-demokratie-votum-fuer-illegal-1.2011829>
<http://www.sueddeutsche.de/politik/proteste-fuer-mehr-demokratie-polizei-verhaftet-hunderte-demonstranten-in-hongkong-1.2027250>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/pressefreiheit-in-china-rueckfall-in-dunkle-zeiten-1.2037057>
<http://www.sueddeutsche.de/politik/referendum-in-hongkong-menschen-stimmen-fuer-mehr-demokratie-1.2027794>
Zeit, 04.07.2014
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-07/hongkong-pekings-konflikt>

Japan

Proteste gegen Umgehung des Friedensgebots

Der als Nationalist bekannte Regierungschef Shinzo Abe will mit einer Neuinterpretation das in Japans Nachkriegsverfassung verankerte Pazifismusgebot umgehen. Kampfeinsätze sollen zukünftig unter dem Dach der Vereinten Nationen, oder auch bei Bedrohung des Landes oder eines seiner Verbündeten erlaubt sein. Da sich Abe nicht auf eine Mehrheit bei einer Verfassungsänderung verlassen kann, will er einen Kabinettsbeschluss. Er erklärt seine Absicht als notwendigen Schritt, um modernen Bedrohungen wie Nordkoreas atomarer Aufrüstung, Terrorismus und Cyberterrorismus zu begegnen; als einer der unerwähnten Hauptgründe wird jedoch die chinesische Aufrüstung vermutet. Abe strebt schon länger eine neue militärische Stärke Japans an. Laut einer Umfrage lehnen 67 Prozent der Japaner eine Abkehr vom Pazifismusgebot ab, obwohl die Bevölkerung Abe bisher wegen seiner Wirtschaftspolitik eher schätzte. Kritisiert wird auch,

dass zukünftig das Kabinett alleine über einen militärischen Einsatz Japans entscheiden kann. Proteste gehen zwar häufig von Sozialisten und Kommunisten aus, erhalten aber auch Unterstützung von Abes eigener Liberaldemokratischer Partei. Gerade Japans ältere Generation ist besorgt; sie hat noch genaue Erinnerungen an den Krieg und die Proteste der 60er und 70er Jahre gegen eine militärische Zusammenarbeit mit den USA und gegen den Vietnamkrieg. Ein älterer Mann protestierte im Juni mit einer versuchten Selbstverbrennung, die bisher drastischste Form der Ablehnung von Abes Pläne. Die Zahl der Abe-Befürworter sank unter die 50 Prozent Marke. Noch nie gab es in Japan so viele kommunale Proteste gegen die Politik der Zentralregierung. Abe hätte seine Pläne nicht ausführlich im Parlament diskutiert, wird außerdem bemängelt.

Quellen: FAZ, 29.06.2014

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/asien/japan-protestiert-abes-abkehr-vom-pazifismus-13017169.html>



ASIEN
BESSER
VERSTEHEN

Interkulturelle
Seminare
2014

黃道歐盟工作室
HUANG+JAUMANN

Sexistischer Kommentar - nur eine Unannehmlichkeit

Japans Anzahl berufstätiger Frauen gehört zur niedrigsten unter den Industrieländern. Hauptursachen sind fehlende Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und Unterstützung bei der Karriereplanung sowie gesellschaftlicher Sexismus. Japans Premier Shinzo Abe erklärte mehrfach, dieses Problem bekämpfen zu wollen. Nun wurde eine Stadträtin während einer Sitzung in Tokio sexistisch beschimpft. Sie hatte gefordert, Mütter stärker zu unterstützen, damit sie nach der Geburt eines Kindes auch weiterhin berufstätig sein könnten. Kommentare dazu lauteten laut Tonbandaufnahmen unter

anderem: „Warum heiraten Sie nicht?“ und „Können Sie keine Kinder bekommen?“ Der verantwortliche Abgeordnete entschuldigte sich jetzt bei der Stadträtin und trat aus Abes Liberaldemokratischer Partei aus. Auf Facebook und Twitter hagelte es Kritik, das Büro des Abgeordneten wurde mit Eiern beworfen. Abe selbst entschuldigte sich allerdings nicht bei der Stadträtin, nur bei ihrem Parteivorsitzenden und zwar für die „aufgetretenen Unannehmlichkeiten“.

Quellen: Süddeutsche Zeitung, 24.06.2014
<http://www.sueddeutsche.de/politik/sexismus-in-japan-abe-entschuldigt-sich-1.2014688>

Südkorea

Kinderarbeit und Gewinnrückgang bei Samsung

Trotz Versicherungen des weltgrößten Handy-Herstellers Samsung, nirgendwo minderjährige Arbeiter zu beschäftigen, fanden verdeckte Ermittler der US-Arbeitsrechtsorganisation China Labor Watch (CLW) in einem Zulieferbetrieb in China einige Beschäftigte unter 16 Jahren. Die Kinder arbeiteten angeblich ohne Arbeitsvertrag täglich bis zu elf Stunden, würden aber nur für zehn Stunden bezahlt. Zudem wurden fehlende Sozialversicherungen für die Arbeiter bemängelt. Samsung beendete nun vorläufig die Zusammenarbeit mit dem Zulieferer Dongguan Shinyang Electronics, dem illegale Einstellungsverfahren vorgeworfen werden. Samsung selbst hatte sich verpflichtet, keine Arbeiter unter 18 Jahren einzustellen. CLW wirft nun dem Konzern ineffektive Kontrollverfahren vor. Die chinesischen Behörden ermitteln. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, wird Samsung die Zusammenarbeit mit der Zulieferfirma unwiderruflich beenden. Samsung-Zulieferern wurden bereits 2012 Kinderarbeit und unmenschliche Arbeitsbedingungen vorgeworfen. Daraufhin versicherte der Konzern, bis Ende 2014

keine illegalen Überstunden mehr zu tolerieren. Samsung, seit Jahren für Wachstum bekannt, meldete außerdem zum dritten Mal in Folge einen Gewinnrückgang. Im 2. Quartal betrug dieser 24,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch der Umsatz ist rückläufig. Gründe dafür sind zum einen die Stärke der südkoreanischen Landeswährung, was die Exporte verteuert, zum anderen eine Sättigung des Smartphone-Marktes, vor allem in westlichen Ländern, und die wachsende Konkurrenz neuer Billiganbieter in China und Europa. Der US-Konkurrent Apple wird zudem einen Nachfolger seines iPhones 5 vorstellen. Samsung hofft jetzt auf eine Umsatzsteigerung durch neue Telefone, dennoch befürchten Experten weitere Gewinnverluste, da Samsung die Preise für technisch schlechter ausgestattete Smartphones senken muss.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 08./14.07.
<http://www.sueddeutsche.de/digital/smartphone-hersteller-samsung-kaempft-mit-der-billigkonkurrenz-1.2036160>
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/smartphone-hersteller-kinderarbeit-bringt-samsung-in-erklarungsnot-1.2045440>
Zeit, 14.07.2014
<http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2014-07/samsung-kinderarbeit-china>

Redaktion: Ulli Jenisch

Kostenlose Abonnement : newsletter@huang-jaumann.de

Huang+Jaumann Wirtschaftsbüro

Bauerntanzgässchen 1, D- 86150 Augsburg
Fon: 49-821-31 99 840
Email. info@huang-jaumann.de
Web. www.huang-jaumann.de

Beratungsleistungen für China/Taiwan:

Organisation - Integration & Change-Management
Projektmanagement - Durchführung & Echtzeit-Controlling
Training - Interkulturelles Asien-Seminar & Coaching